

DV SVP Schweiz vom 28.05.2011

## Die Notwendigkeit der Zuwanderungs-Begrenzungsinitiative aus gewerblicher Sicht

Votum von Gregor Biffiger, Grossrat, Gewerbeverbandspräsident, Berikon

Sehr geehrter Herr Präsident

Sehr geehrter Herr Bundesrat

Geschätzte Delegierte

Liebe Gäste

Erlauben Sie mir, dass ich mich als Präsident eines Gewerbeverbandes mit über 1000 Mitgliedern zur Zuwanderungsproblematik aus gewerblicher Sicht äussere.

Die **Umsetzung der flankierenden Massnahmen zur Personenfreizügigkeit bereitet nach wie vor grosse Mühe**. Die Überprüfung der Lohn- und Arbeitsbedingungen im Jahre 2010 brachte deutlich mehr Verstösse als im Vorjahr zutage. Die Kontrollen der paritätischen Kommissionen zeigten z.B., dass 38% der ausländischen Entsendebetriebe und 41% der kontrollierten Schweizer Unternehmen nicht gesamtarbeitsvertragskonforme Löhne bezahlen. Die flankierenden Massnahmen können nur einen beschränkten Teil der Missbräuche, nur die Spitze des Eisbergs, verhindern. Eine mittelfristig massive Verschlechterung der Arbeitsbedingungen ist damit unabwendbar. Im Gespräch mit Unternehmern stellt man denn auch fest, dass die **flankierenden Massnahmen den Arbeitnehmenden zwar einen beschränkten Schutz vor der Verletzung von Mindestlöhnen bieten**. Aber **gleichzeitig sinken die Durchschnittslöhne schleichend und unaufhaltsam**, indem bei der Neubesetzung von Stellen ein deutlich tieferer Lohn ausgehandelt wird. Die volkswirtschaftlichen Folgen dieser Entwicklung werden nicht ausbleiben.

Das durch die Personenfreizügigkeit teilweise verursachte faktische Überangebot an Arbeitskräften trifft nicht die aggressiven Unternehmen, welche Leute zu Dumpinglöhnen einstellen, sondern die anständigen Unternehmen, die sich an die Gesetze halten und die margenmässig so immer mehr unter Druck geraten.

Es ist ein **Irrglaube, mehr Einwanderung bringe langfristig mehr Wirtschaftswachstum und damit automatisch auch mehr Wohlstand für alle**. Heute bauen Einwanderer Wohnungen für andere Einwanderer, ausländisches Pflegepersonal pflegt andere Ausländer. Ein derartiges quantitatives Wirtschaftswachstum ist ein klassisches Strohfeuer und verschleisst Unmengen unserer begrenzten natürlichen Ressourcen.

**Die Politik weicht der Frage feige aus, wie viele Menschen unser Land erträgt**. Wer ein Bevölkerungswachstum von jährlich gegen 100'000 Menschen hinnimmt, muss sich die Fragen gefallen lassen, ob er zusätzliche Kernkraftwerke will, wie der CO<sub>2</sub>-Ausstoss

gesenkt werden soll, wie dem weiteren Landverschleiss begegnet werden kann, wie die riesigen Investitionen in zusätzliche Infrastrukturen und deren Unterhalt zu finanzieren sind, wie Nahrungsmittel für immer mehr Menschen auf immer weniger Fläche produziert werden sollen.

Unser Land hat in der Vergangenheit mit einer geschickt gesteuerten, massvollen Einwanderung gute Erfahrungen gemacht. Unter dem wachsenden Druck von EU, economie-suisse und Menschenrechtsmafia ist uns die **Einwanderung mit der Personenfreizügigkeit und dem Recht auf Familiennachzug völlig aus dem Ruder gelaufen. Dabei hätte die äusserst attraktive Schweiz beste Karten im weltweiten Poker um die qualifiziertesten Einwanderer.**

**Es gibt keinen einzigen Vertrag bei den Bilateralen I, bei dem die Schweiz einseitig profitiert. Im Gegenteil: Wenn die Schweiz selbstbewusst und mit einer klaren Haltung verhandeln würde, wäre sie in bester Position, um bei mindestens vier von sieben Dossiers eine bessere Lösung zu erzielen. In jedem Fall wäre eine Kündigung des Abkommens über die Personenfreizügigkeit viel weniger gravierend, als wenn die Zuwanderung in diesem Tempo weitergeht.**

Ich bitte Sie, der Lancierung der Zuwanderungs-Begrenzungsinitiative zuzustimmen.

28.05.2011/GB